

Blockaden gehen weiter trotz Verhaftungen

Seit Anfang dieses Jahres hat es erneut Verhaftungen von Blockierern gegeben, die den Holzeinschlag in Sarawaks Primärschungle verhindern und damit ihre Lebensgrundlage erhalten wollen. 44 Personen wurden zwischen dem 12.-15. Januar im Gebiet Ulu Belaga verhaftet, wo in Long Geng bereits seit Juni 1990 über 100 Kenyah Familien den Zugang zum Wald blockierten. In Ulu Machan wurden am 11. Januar 5 Personen verhaftet, die versuchten Holzeinschlagfirmen am Zugang zum Wald zu hindern. Am 5. Februar wurde Anderson Mutang Urud in Miri verhaftet.

Anderson Mutang Urud gehört zur Volksgruppe der Kelabit und ist prominentes Mitglied der Sarawak Indigenous Peoples' Alliance (SIPA). Er hat mehrere Rundreisen weltweit unternommen, um auf die Zerstörung der Regenwälder und damit der Lebensgrundlage der Dayak Völker in Sarawak aufmerksam zu machen, unter anderem auch in Genf vor der Arbeitsgruppe zu Indigene Völker der Vereinten Nationen anlässlich der Vorbereitung der UNCED Tagung. Kurz vor seiner Verhaftung hatte er noch einen kanadischen oppositionellen Parlamentsabgeordneten, Svend Robinson, zu einer Blockade begleitet.

SIPA wurde Anfang 1991 ins Leben gerufen, um ein Informations- und Forschungszentrum zur Förderung nachhaltiger Landnutzung aufzubauen, um mit vom Holzeinschlag Betroffenen zusammenzuarbeiten, um einen Zusammenhang für Organisationen und Personen herzustellen, die an alternativer Entwicklung und Landwirtschaft interessiert sind, und um den Vertrieb von einheimischen Handwerksprodukten zu fördern.

Anderson wurde vorerst ohne Anklage in Vorbeugehaft genommen und erhielt erst am 3. März eine Anklage wegen des Verstoßes gegen das Vereins-Gesetz (Societies Act). Daraufhin wurde er für eine Kautions von M\$ 2000 bis zum Gerichtstermin am 21.9. freigelassen. Von den verhafteten Blockierern sind ebenfalls eini-

ge gegen Kautions wieder auf freien Fuß.

Trotz Verhaftungen gehen die Blockaden von Zugangsstraßen zum Holzeinschlag in Sarawak weiter. So besteht u.a. die seit Juni 1991 eingerichtete Blockade von vornehmlich 500 Penans in Long Ajeng nach wie vor, wenn auch die Blockierer zunehmend unter Druck von Seiten der Behörden geraten, die ihnen ein Ultimatum zur Räumung gestellt haben. Ferner zeigten 350-400 Personen aus verschiedenen Gebieten am 15.1.92 in Kanowit ihre Solidarität mit zwei angeklagten Blockierern durch ihre Teilnahme am Gerichtsprozeß, der dann allerdings kurzfristig auf den 22.9. vertagt wurde. Mindestens 8 weitere Prozesse wegen Behinderung des Holzeinschlags stehen in Sarawak zur Zeit noch aus.



Straßenblockade der Penan.

Seit 1987 wehren sich die verschiedenen Dayak-Völker Sarawaks gegen den Holzeinschlag. Die Betroffenen berufen sich auf ihr verbrieftes Landrecht, wonach alles Land, worüber es vor 1958 keine Landtitel gab als einheimisches Gemeinschaftsland zu betrachten ist (Hintergrund hierzu vgl. Südostasien Informationen 3/91 S.37ff).

FEER 20.2.91 S.14 u. nach Angaben von SIMBA

Boycott der UNCED Tagung in Rio?

Noch immer gibt es keine offizielle Bestätigung, ob Malaysia an der UNCED-Tagung im Juni dieses Jahres teilnehmen wird oder nicht. Im letzten Jahr hatte Premierminister Mahathir Mohamad erklärt, Malaysia würde die Tagung boykottieren, weil in den Köpfen der Delegierten ein verzerrtes Bild von Malaysia durch die internationale Kampagne gegen den Holzeinschlag im Regenwald Sarawaks geschaffen wurde.

Malaysia nimmt in Sachen Umwelt und UNCED eine sehr aggressive und offensive Position gegenüber den Kritikern aus den entwickelten Industrieländern ein. Mahathir wirft ihnen vor, unter dem Vorwand von Umweltschutz, Entwicklungsländern die Möglichkeiten der Entwicklung zu wirtschaftlich unabhängigen Industrieländern nehmen zu wollen,

sition der ASAEN zu UNCED umreist. Unter anderem besteht sie auf dem Recht der nachhaltigen Nutzung und Ausbeutung der Wälder, fordert schnelle Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimaveränderung durch Einschränkungen der schädlichen Emissionen in den Industrieländern und fordert ferner den Transfer von Mitteln und Technologien zur Unterstützung einer umweltfreundlichen Entwicklung aus den Industrieländern. Die Ergebnisse des letzten Vorbereitungstreffen der UNCED im März in New York werden zeigen, inwieweit eine Einigung von Positionen aus den Industrieländern und den Entwicklungsländern möglich sind. Malaysia hat zu einem weiteren Vorbereitungstreffen der Entwicklungsländer auf UNCED, ähnlich dem in Beijing

Aus: Robin Wood, ... auf Tropenholz verzichten. Foto: A. Ziegler

um sie somit als mögliche Konkurrenten auf dem Weltmarkt ausschalten zu können. Im Rahmen von ASEAN macht sich Malaysia zum Vorreiter zur Verteidigung der Interessen der Entwicklungsländer gegenüber den Industrieländern.

Auf dem 5. Minister-Treffen der ASEAN zu Umweltfragen in Singapur im Februar wurde eine Resolution über Umwelt und Entwicklung verabschiedet, die den Rahmen für die Po-

1991, Ende April in Kuala Lumpur eingeladen. Malaysia will sich hier als Anführer der 3. Welt in Rio profilieren.

Um gegen das im Verständnis der Regierung verzerrte internationale Bild der malaysische Umweltpolitik anzugehen, sollen großangelegte Aufklärungskampagnen für eine Änderung sorgen, wofür sie M\$ 5-10 Mio. ausgeben will. Für April ist sogar die Herausgabe eines Films angekündigt. vgl. NST 17.12.91, FEER 5.3.92 S.10f

Beschränkungen für Parteizeitungen

Mitte Oktober 1991 hat die Regierung die Parteizeitungen der oppositionellen Democratic Action party (DAP), Parti Islam (PAS) und der Parti Rakyat Malaysia (PRM) gewarnt, die bereits im Mai gemachten Einschränkungen des Vertriebs auf die Parteimitglieder einzuhalten. Die „Rocket“ der DAP erscheint alle 2 Monate auf Chinesisch, Englisch und Malaiisch mit einer Gesamtauflage von 36.000. Die DAP hat jedoch weniger als 20.000 Mitglieder. Die Zeitung der PAS, „Harakah“, erscheint zweimal wöchentlich auf Malaiisch mit einer Auflage zwischen 40.000 und 60.000.

Die Beschränkung der Zulassungsgenehmigung vom Status einer Zeitung zu einer Mitgliederzeitschrift erfolgte von der Regierung bereits im Mai 1991 unter Berufung auf das Presse-

gesetz (Printing Presses Act). Danach kann der Innenminister die Bedingungen der notwendigen Genehmigungen zur Veröffentlichung einer Zeitung ändern. Sprecher beider Parteien sehen die Einschränkungen als Schritt, das praktische Presse-monopol der Regierung noch weiter auszubauen und der Opposition keinerlei Möglichkeiten zu geben, ihre Auffassungen zu verbreiten, ohne dabei direkt die Zeitungen verbieten zu müssen. Die DAP hat gegen die Entscheidung der Regierung vor Gericht Einspruch erhoben.

Ironischerweise hat Premierminister Mahathir Mohamad bisher immer auf die Existenz dieser beiden Zeitungen hingewiesen, wenn die Regierung wegen fehlender Pressefreiheit in Malaysia kritisiert wurde. Noch im Juli 1990 hatte er erklärt, er wür-

de nicht gegen diese Zeitungen vorgehen.

Ende Dezember wurde die kleine politische Wochenzeitschrift „Mingguan Waktu“ verboten. Die Regierung begründete ihren Schritt damit, daß die Zeitschrift Geschichten erfinden würde und berief sich dabei auf einen Bericht, der die 10 Jahre Regierung unter Mahathir Mohamad als ein Mißerfolg bezeichnet hätte. Der Herausgeber wies darauf hin, daß es sich bei dieser Einschätzung lediglich um ein Zitat aus Oppositionskreisen handele. Beobachter fragen sich nach dem eigentlichen Hintergrund des Verbotes dieser erst 5 Monate alten Zeitschrift. Die Tatsache, daß der Finanzminister Anwar Ibrahim bei der Beschaffung der Zulassungsgenehmigung geholfen haben soll, nährt allerlei Spekulationen.

vgl. FEER 5.12.91 S.24f, 9.1.92 S.21; ALIR No. 11 (Nov.) 1992;

Kleinwagen „Made in Malaysia“

Im Dezember 1991 gab Premierminister Mahathir Mohamad bekannt, daß Verhandlungen mit dem japanischen Automobilhersteller Daihatsu, einem Tochterunternehmen von Toyota, über die Produktion eines Kleinwagens in Malaysia im Gange sind. Er soll einen Motor mit 600 bis 900 cm³ haben und unter M\$ 20.000 (= DM 11.600) kosten. Das zweite „nationale“ Auto Malaysias soll in einem joint venture zwischen Daihatsu, der malaysischen UMW Holdings und dem staatlichen Investitionsunternehmen PNB hergestellt werden. Andere Automobilhersteller wie Peugeot wurden aufgefordert, sich an dem Projekt zu beteiligen.

Der erfolgreiche Verkauf des ersten malaysischen Autos, Proton Saga, seit nun 7 Jahren hat

Mahathir offensichtlich dazu beflügelt, nun auch ein Auto für die untere Mittelklasse in Malaysia herstellen zu wollen. Das Projekt Proton Saga in Zusammenarbeit mit dem japanischen Automobilhersteller Mitsubishi wurde vor 9 Jahren auf ausdrückliches Drängen von Mahathir in die Wege geleitet und gilt als sehr erfolgreich. Proton Saga bestreitet mit 83000 verkauften Autos im letzten Jahr 64% des einheimischen Marktes. Fast 13000 konnten in Großbritannien verkauft werden. Der Anteil einheimischer Teile ist inzwischen auf 65% angestiegen. Das Unternehmen machte im letzten Jahr bei einem M\$ 1,8 Mrd. Umsatz einen Gewinn von M\$ 261 Mio..

Der Erfolg eines zweiten malaysischen Autos würde einen großen Pluspunkt für Mahathirs

Ansehen bedeuten. Kritiker sind allerdings skeptisch, ob der malaysische Automobilmarkt überhaupt noch einen Kleinwagen aufnehmen kann. Der jährliche Verkauf von Personwagen ist von 34.710 (1987) auf 105.122 (1990) angestiegen und der Markt scheint allmählich gesättigt.

Das Straßennetz ist durch die Neuzulassung von Autos in den letzten Jahren am Rande der Belastbarkeit. Außerdem könnte ein solcher neuer Kleinwagen zu Einbußen beim Verkauf des Proton Saga führen. Mahathir begegnet diesen Einwänden mit dem häufig von ihm benutzten Ausspruch, daß die Vorteile einer schnellen Industrialisierung die Risiken wettmachen würde.

vgl. NST 18.12.91; FEER 13.2.92 S.44ff; MB 16.2.92 S.77ff

Rückgang ausländischer Investitionen

Einen starken Rückgang verzeichneten ausländische Investitionen 1991 im Vergleich zum Vorjahr. Beantragte Projekte gingen um 52% von M\$ 29,8 Mrd (1990) auf M\$ 14,2 Mrd (1991) zurück. Genehmigte ausländische Projekte gingen um 9,5% von M\$ 17,6 Mrd auf M\$ 16 Mrd (1991) zurück.

Ursache des Rückgangs wird u.a. in der Ankündigung von zukünftigen Investitionseinschränkungen gesehen. Für die Zukunft wird befürchtet, daß trotz eines

bisher konstanten jährlichen Wirtschaftswachstums von etwa 7,5% eine weltweite Verschiebung von Investitionen in die ehemalige Sowjet Union stattfindet und sich entsprechend auf Malaysia auswirkt. Es gibt Anzeichen dafür, daß einheimische Unternehmen die Investitionslücken füllen werden. So betrug ihr Anteil von genehmigten M\$ 2,3 Mrd Investitionen im Oktober 1991 65% im Vergleich zu 41% im Oktober 1990.

vgl. FEER 6.2. S.38, 5.3.92 S.52f

Die 10 größten ausländischen Investoren (genehmigte Projekte in Mrd M\$)

| Land | 1991 | 1990 |
|------------|------|------|
| Taiwan | 3,5 | 6,3 |
| Japan | 3,2 | 4,2 |
| USA | 1,7 | 0,6 |
| Süd-Korea | 1,7 | 0,7 |
| Indonesien | 1,2 | 1,2 |
| Singapur | 1,0 | 0,9 |
| Hongkong | 0,6 | 0,4 |
| England | 0,5 | 0,9 |
| Australien | 0,4 | 0,1 |
| China | 0,4 | 0,01 |

Kurzmeldungen

Die Gründung einer malaysischen Sektion von **Amnesty International** wurde vom Innenminister nicht zugelassen. Die Antragsteller haben gegen die Entscheidung Berufung angeklagt.

(FEER 23.1.92 S.14)

Der Vorsitzende des vietnamesischen Ministerrates, Vo Van Kiet, ist am 20.1. zu einem viertägigen **Besuch** nach Malaysia gekommen. Vietnam ist stark an verstärktem Handel mit und an Investitionen aus Malaysia interessiert, insbesondere um Zugang zu Technologien im Bereich Landwirtschaft und Bergbau zu erhalten.

(FEER 23.1.92 S.14)

Das Parlament Taiwans verweigert die Zustimmung zum Bau eines integrierten Stahlwerkes durch ein malaysisch-taiwanesisches joint-

venture Unternehmen. Das Projekt mit einem Investitionsvolumen von insgesamt US\$ 2,6 Mrd wird als größtes Stahlprojekt in Südostasien gewertet. Die Zustimmung wird von der Unterzeichnung eines Kapitalschutz-Abkommens zwischen Malaysia und Taiwan abhängig gemacht.

(vgl. 30.1.92 S.51)

Chandra Muzaffar tritt nach 15 Jahren als **Präsident** der Reformbewegung **ALIRAN** zurück. Er begründete seinen Schritt damit, daß entsprechend demokratischer Prinzipien kein Individuum zu lange Macht haben sollte und ein Führungswechsel nötig ist. Ferner möchte er wieder mehr Zeit der Erforschung verschiedener Religionstraditionen und der internationalen Menschenrechtsarbeit widmen.

(ALIR No.11 Dez. 1991 S.16)

Die malaysische Regierung prüft den **Kauf von russischen MiG29 Kampfflugzeugen**. Die Russen hatten im November letzten Jahres in Langkawi an einer Luftfahrttausstellung teilgenommen. Der stellvertretende Oberkommandierende der Luftwaffe war bereits in Moskau und ein anstehender Indien-Besuch des Verteidigungsministers gäbe die Gelegenheit, sich über Indiens Erfahrungen mit der MiG29 zu informieren. (FEER 12.3.92 S.7)